

Seemattpark muss zurück auf Feld eins

Seit fast zehn Jahren wird in Lauerz die Badi Seemattpark geplant. Ohne Erfolg: Das Verwaltungsgericht heisst eine Beschwerde gut.

Andreas Seeholzer

Die geplante Badi «Seemattpark» in Lauerz kann nicht gebaut werden. Das Schwyzer Verwaltungsgericht hat eine Beschwerde gutgeheissen und damit das Projekt begraben. «Die überdimensionierte Zusatzbaute ist nicht zonenkonform», sagt der Rechtsvertreter der Beschwerdeführer. Wie Gemeindepräsidentin Gaby Luternauer auf der Homepage der Gemeinde Lauerz schreibt, beabsichtigt der Gemeinderat, «den Stimmberechtigten in einer bezüglich Gemeindefinanzen günstigeren Zeit ein neues Projekt vorzulegen, das für die Gemeinde finanziell verkraftbar ist und zudem die Chance hat, vom Grossteil der Bevölkerung befürwortet zu werden.» Die Planung beginnt damit nach fast zehn Jahren Arbeit auf Feld 1: entweder mit einer Zonenplanänderung oder dann mit einem redimensionierten Projekt.

Die Gemeinde Lauerz ist Eigentümerin einer an den Lauerzersee anstossenden Liegenschaft mit einer Grösse von 4530 Quadratmetern. Die Liegenschaft liegt grösstenteils in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen. Die Gemeinde plante, die auf der Liegenschaft bestehenden Bauten abzubauen und ein Neubauprojekt, den sogenannten Seemattpark, zu realisieren. 2013 bewilligt der Gemeinderat ein erstes Baugesuch. Gegen das Projekt haben Nachbarn Einsprache erhoben. Der Rechtsstreit ging die Instanzen rauf und runter. 2016 reichte die Gemeinde ein überarbeitetes Projekt ein. Hiergegen erhoben die Nachbarn erneut Einspra-



Die Baugespanne für den geplanten Badi des Seemattparks in der Badi Lauerz werden nicht mehr gebraucht und können entfernt werden.

Bild: Andreas Seeholzer

che. 2018 ergänzte die Gemeinde die Baugesuchsunterlagen. Der Gemeinderat von Lauerz erteilte 2019 basierend auf einem Entscheid des Amtes für Raumentwicklung die Baubewilligung.

Der Entscheid wurde im April 2020 von der Schweizer Regierung unter Auflage aufgehoben. Die Nachbarn zogen den Fall zum Verwaltungsgericht. In seinem Entscheid vom 16. November

2020 schreibt das Verwaltungsgericht, dass es die Beschwerde gutheisst und der Regierungsratsentscheid sowie die Baubewilligungen des Gemeinderates Lauerz aufgehoben werden.

In vielen Punkten stützt das Verwaltungsgericht die Entscheide der Vorinstanzen. In grundsätzlichen Fragen aber entschied das höchste Schwyzer Gericht anders. So sei das geplante Restaurant zu gross. Es gehe «weit über das Bedürfnis von Badegästen hinaus» und sei «überdimensioniert». Ein Kiosk mit Verpflegungsmöglichkeit, wie es das geplante Bauprojekt im Übrigen neben dem Restaurant noch zusätzlich vorsieht, oder ein kleines saisonal betriebenes Restaurant «entspreche dem tatsächlichen Bedürfnis und wäre zonenkonform». Insgesamt könne mithin der geplante Ganzjahresbetrieb mit 50 Sitzplätzen im Innenbereich nicht als zonenkonform qualifiziert werden. «Ein reduzierter Betrieb mit Fokus auf den Aussenbereich und den saisonalen Badebetrieb wäre demgegenüber in der öffentlichen Zone zulässig.»

Zu wenige Parkplätze für das geplante Bauprojekt

Voraussetzung, damit das geplante Projekt als zonenkonform qualifiziert werden könne, sei eine Zonenplanänderung. Hierzu schreibt das Verwaltungsgericht: «Im Rahmen einer Zonenplanänderung ist es auch möglich, die gewünschte Wohn- und Gewerbenutzung in die Planänderung zu integrieren.» Nach Auffassung der Beschwerdeführer weist das Bauprojekt zu wenige Parkplätze aus. Dazu schreibt das Verwaltungsgericht: «Die Baubewilligung ist auch wegen fehlendem Nachweis genügender Parkflächen aufzuheben.»

Die angekündigten Mittelschul-Initiativen sorgen in Schwyz und Brunnen für Grübeln

Der Theristiftungsrat wartet ab; Bildungsdirektor Michael Stähli sieht die unklare Situation für alle als Nachteil.

Zwei Volksinitiativen sollen im letzten Moment dafür sorgen, dass das Theresianum Ingenbohl am bisherigen Standort erhalten bleiben kann. Das machte die IG Theresianum um Präsident René Baggenstos gestern publik. Zwei Initiativtexte werden derzeit auf Herz und Nieren geprüft, spätestens in drei Wochen sollen die Unterschriftensammlungen – für eine Volksinitiative braucht es 2000 Unterschriften – starten können (siehe «Bote» von gestern).

Auslöser für die Initiativen ist letztlich der Beschluss von Kanton und Stiftung Theresianum, beide Schulen in einer Kantonsschule Innerschwyz unter einem Dach am Standort Schwyz zusammenzuführen. Eine entsprechende Abmachung wurde von beiden Seiten diesen Herbst unterschrieben.

Jetzt sieht vieles wieder anders aus. Das zeigen die Reaktionen von Theri-Stiftungspräsident Jürg Krummenacher und Bildungsdirektor Michael Stähli als zuständigem Regierungsrat. Allein schon die Ankündigung der beiden Volksbegehren löst Grübeln bei beiden Schulverantwortlichen – und Vertragspartnern – aus.

Theresianum Ingenbohl kündigt neue Standortbestimmung an

«Als Präsident der Stiftung Theresianum Ingenbohl freue ich mich sehr, dass sich die Ingenbohler für den Erhalt ihrer Schule einsetzen», sagt Jürg Krummenacher auf Anfrage des «Boten». Aber: «Wir haben eine Absichtserklärung unterschrieben, dass das

Theresianum und die Kantonsschule am Standort Schwyz zusammengeführt werden sollen. Wir stehen damit gegenüber dem Regierungsrat im Wort.» Das

«Wir werden im Stiftungsrat die neue Situation sicher diskutieren.»



Jürg Krummenacher
Stiftungspräsident Theresianum

heisse, dass der Stiftungsrat die neue Situation, spätestens wenn die Initiativen eingereicht sind, diskutieren werde. «Wir werden eine Standortbestimmung vornehmen und entscheiden, ob wir die Initiativen unterstützen oder bei der Absichtserklärung bleiben», so Krummenacher.

«Für die beiden Schulen ist jede Phase der Unsicherheit nachteilig.»



Michael Stähli
Bildungsdirektor Kanton Schwyz

«Der Schulstart der neuen Kantonsschule Innerschwyz ist für Mitte 2024 geplant. Der Fahrplan in Richtung dieser Zielsetzung bleibt», sagt Regierungsrat Michael Stähli. Der Regierungsrat will für die erforderliche Anpassung des Mittelschulgesetzes noch dieses Jahr eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage verabschieden und im Frühling dem Parlament eine beschlussreife Vorlage zuleiten können.

Für die Regierung bleiben Fahrplan und Zielsetzung gleich

Stähli: «Damit soll für die beiden involvierten Mittelschulen Klarheit für die weiteren Projektschritte geschaffen werden.» Für beide sei, so Stähli, «jede Phase der Unsicherheit sehr nachteilig». Sie führe für Schülerinnen und Schüler, den Lehrkörper und Mitarbeitende zu grosser Verunsicherung. Das könnte zu einem weiteren Schülerrückgang führen. Es bleibe ein allfälliges Referendumsergebnis abzuwarten, um weitere Schritte auslösen zu können. Klar sei, dass der West- respektive Schultrakt des Kollegiums für die Nutzung durch die kantonale Verwaltung aber ohnehin nicht mehr zu Debatte stehe. Die kantonale Immobilienstrategie sei aber so ausgerichtet, «dass Richtungsentscheide nicht in Sackgassen führen», sondern neue Optionen ermöglichen, betont Stähli. (adm)

Beteiligung am «grössten Klassenzimmer»

Kanton Das interessante Projekt «Das grösste Klassenzimmer der Schweiz» erhält wirksame Unterstützung von kompetenter Seite. Der Historische Verein des Kantons Schwyz hat beschlossen, sich mit 10 000 Franken an diesem Projekt zu beteiligen. Es hat das Ziel, Schulklassen aus der ganzen Schweiz anlässlich von Exkursionen in den Kanton Schwyz mit dessen Geschichte und wichtigen historischen Schauplätzen bekannt zu machen. Dazu gehören zum Beispiel die Hohle Gasse, Morgarten, das Kloster Einsiedeln oder viele Museen. Der Vorstand des Historischen Vereins kommt damit auch dem Wunsch nach, verstärkt für die Vermittlung von Geschichte an den Schulen und die Förderung des Geschichtsbewusstseins einzustehen.

Der Historische Verein mit seinen aktuell 1514 Mitgliedern kann dieses Jahr seine traditionelle Generalversammlung am 8. Dezember nicht abhalten. Die Abstimmungen sind darum derzeit auf dem Korrespondenzweg im Gange. Ebenfalls sind verschiedene Vorträge, die zuerst geplante Kulturreise ins Burgund und die Kunst- und Geschichtsfahrt nach St. Gerold wegen des Corona-Lockdowns ausgefallen. Die beiden Reisen sind auf 2021 verschoben worden. Regulär erschienen ist dagegen im November der neue Band der «Mitteilungen». Sie werden neu bei der Franz Kälin AG, Einsiedeln, gedruckt.

Die Vereinsrechnung schliesst bei Gesamtausgaben von 64 000 Franken mit einem Verlust von knapp 7000 Franken. Zusatzausgaben haben vor allem Transkriptionen verursacht. Das Vermögen beträgt 285 000 Franken. (cj)